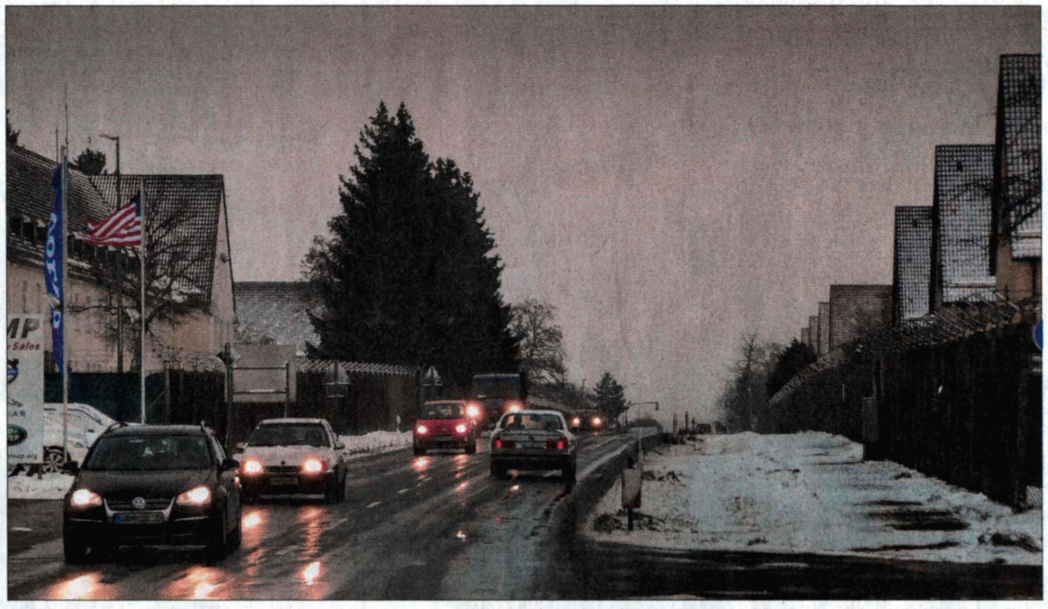
Bund erkennt Bedarf an

Katterbach: Umgehung soll doch kommen

Wegen Verkehr vom Urlas

ANSBACH (fri) – Der Konflikt um den Verkehrsanschluss der US-Wohnsiedlung am Urlas ist noch nicht ausgestanden, da steht schon der nächste vor der Tür. Das Bundesverkehrsministerium bestätigte auf Anfrage Informationen der FLZ, wonach die Bayerische Straßenbauverwaltung die bisher nur als hypothetische Trasse existierende Umgehung des Stadtteils Katterbach realisieren will. Als Grund dafür wird die Verkehrszunahme angegeben, die durch den Bau der US-Siedlung am Urlas für die derzeit mitten durch Katterbach führende B 14 zu erwarten sei. Die den Ort im Norden umfahrende Trasse soll derzeitigem Stand nach rund neun Millionen Euro kosten.



Der US-Armee schon lange ein Dorn im Auge: Die B 14 in Katterbach, die derzeit noch die beiden Kasernenhälften trennt, soll, wenn es nach der Straßenbauverwaltung geht, auf eine Umgehung im Norden des Ortes verlegt werden. F.: Albright

Überlegungen über den Bau einer solchen Umgehung existieren seit Jahrzehnten. Ziel war dabei immer, die derzeit auf beiden Seiten der Bundesstraße liegenden Kasernen zu einem Areal zu vereinen. Die US-Armee hatte als Grund für diese Forderung zunächst immer die Verbesserung der Sicherheitslage angeführt, die bei einer Verringerung der Zugänge und Kontrollpunkte zum Kasernenareal zu erreichen wäre. Darüber hinaus war der die Bundesstraße kreuzende Verkehr vom Heliport im Süden zu den Einrichtungen in dem früher von der Bundeswehr genutzten Nordteil des Standorts stete Quelle der Kritik und oft auch Anlass für Unfälle.

Vor dem Hintergrund dieser Wünsche hatte die Bayerische Straßenbauverwaltung schon vor geraumer Zeit die Möglichkeiten einer Umgehung untersucht. Früh ausgeschieden war dabei aus Sicherheitsbedenken die Überlegung, die Bundesstraße in den Untergrund zu verlegen und den Verkehr in einem Tunnel unter dem Kasernenareal durchzuleiten. Die Möglichkeit, dass dort problemlos eine Bombe gezündet werden könnte, ließ das Projekt scheitern. Auch eine Südumgehung des Heliports fand nach Abwägung aller Aspekte keine Gnade vor den Augen der Planer: Zu aufwändig, befanden sie angesichts der deutlich längeren Strecke und des teilweise kupierten Geländes.

Dagegen schnitt die ebenfalls untersuchte Nordumgehung besser ab. Rund 2,6 Kilometer lang wäre diese Trasse. Beginnen würde sie – von Ansbach kommend – etwa 600 Meter vor dem Katterbacher Ortseingang. In einem leichten nach Norden geschwungenem Bogen würde sie in mehreren hundert Meter Entfernung an der Kaserne vorbeiführen und etwa in Höhe der Einmündung der Ortsverbindungsstraße von Neunkirchen wieder in die Bundesstraße münden.

Eine entsprechende Vorentwurfsplanung des Staatlichen Bauamts war vor drei Jahren von der Regierung von Mittelfranken genehmigt worden. Danach lag der Entwurf auf Eis. Ein besonderer Bedarf wurde dafür vom Bund nicht gesehen. Derzeit nämlich ist die B 14 in Katterbach mit rund 12 400 Kraftfahrzeugen täglich belastet, eine Verkehrsmenge, für die nach Einschätzung der Straßenbauer die bestehende Trasse genügt.

Seit kurzem allerdings bewertet der Bund die Situation neu. Grund dafür ist der Bau der US-Wohnsiedlung am Urlas. Etwas über 5000 Verkehrsbewegungen pro Tag würden von dieser Siedlung nach Fertigstellung auch des letzten Bauabschnitts ausgehen, lautet die derzeitige Prognose. Ein Drittel davon würde Richtung Ansbach, zwei Drittel aber in Richtung Katterbach unterwegs sein. Das bedeute, dass die Katterbacher Ortsdurchfahrt künftig mit über 16 000 Fahrzeugen am Tag belastet würde.

Das sei deutlich zu viel für die derzeitige Straße, findet inzwischen nicht mehr nur die Bayerische Straßenbauverwaltung. Die Verkehrsbelastung werde sich aufgrund der neuen „Housing Area" deutlich verändern, meint auch der Leiter des Pressereferats des Bundesverkehrministeriums, Richard Schild, in seiner Antwort auf die Anfrage der FLZ und fährt fort: Das Ministerium habe deswegen „dem Antrag der Bayerischen Straßenbauverwaltung, das Vorhaben als unvorhergesehenen Bedarf als Bundesprojekt weiter zu verfolgen", zugestimmt.

Welche Folgen diese Entscheidung hat, ist derzeit noch nicht in vollem Umfang abzusehen. Der für den Vorhaben zuständige Leiter des Staatlichen Bauamtes, Helmut Arndt, sagte der FLZ, er werde in diesem Jahr wohl nicht mehr dazu kommen, sich mit dem Projekt weiter zu beschäftigen.

Auch laut Bundesverkehrsministerium liegt derzeit ein konkreter Zeitplan für das weitere Verfahren noch nicht vor. Als nächster Planungsschritt sei – nach Überprüfung der Planung unter Berücksichtigung der aktuellen Verkehrsanforderungen – ein Planfeststellungsverfahren zur Erlangung des Baurechts durchzuführen. Erst wenn dieses Baurecht vorliege, stelle sich die Frage der Finanzierung, die der Bund zu tragen hätte. Auf die Frage der FLZ, ob auch die US-Army als Auslöser der verkehrlichen Mehrbelastungen zu den Kosten herangezogen werde, gab es vom Bundesverkehrsministerium keine konkrete Antwort: „Eine etwaige Kostenbeteiligung Dritter ergibt sich aus den Vorgaben des Fernstraßengesetzes."

Das Vorhaben trifft bei der Stadt ebenso wie bei den Katterbacher Landwirten auf breite Ablehnung. Sie wären wegen des für den Straßenbau notwendigen Grunderwerbs erneut von Enteignung bedroht *(siehe auch weiteren Artikel und Kommentar)*.

Sie lesen heute

Lokales
Polarfuchs auf OP-Tisch
Finja vom „Raubtier- und Exotenasyl" wurde kastriert

Landkreis
CSU beklagt Stagnation
Resolution der Kreistagsfraktion: Den ländlichen Raum stärken

Westmittelfranken
S-Bahn startet am Sonntag
Künftig über 40 Prozent mehr Verbindungen nach Nürnberg

Sport
Der Weg zum Klassenerhalt
Ansbacher Fußballtrainer Slobodan Pajic im Interview

Der Kommentar

Viel Geld für viel Ärger

Wie macht man sich am besten unbeliebt? Wer Lektionen in dieser Kunst nehmen will, ist derzeit bei der US-Army und den Straßenbaubehörden richtig. Erstere hat es sich mit ihren Nachbarn heftig verscherzt, seit denen mit Enteignung gedroht wurde, um ein Gelände von 13 Hektar östlich der Kaserne in Besitz zu bekommen, um dort einen neuen Eingangsbereich zu errichten. Zwar kam es nicht zu einer Enteignung, weil die Regierung im letzten Moment vermitteln konnte, doch die Bauern hätten ihren Grund allemal lieber behalten, als mit ein paar Euro dafür entschädigt zu werden.

Das war im Jahr 2007. Doch der damals mit ganz dringenden Sicherheitsanforderungen begründete neue Eingangsbereich steht bis heute nicht, das Land liegt seitdem brach. Dass da den Landwirten und auch so manchem Stadtrat die Zornesader schwillt, ist verständlich. Der allgemeine Groll richtet sich dabei inzwischen auch gegen deutsche Behörden. Denn offenbar war es die Straßenbauverwaltung, die jetzt auf den Bau der Umgehung drängte und so den bisher auf Eis liegenden Plänen neue Priorität verschaffte.

Dass dies mit dem Hinweis auf die von der Urlas-Siedlung ausgehende künftige Mehrbelastung an Verkehr geschah, wird dem Staatlichen Bauamt keine neuen Sympathien verschaffen. Sein Leiter Helmut Arndt steht wegen des Streits um den Verkehrsanschluss der Urlas-Siedlung ohnehin in der Kritik. Nun kommt ohne Not mit der Katterbacher Umgehung eine neue „Baustelle" hinzu. Auch die wird manchen Ärger machen und – nicht zuletzt – den Steuerzahler erneut viel Geld kosten.

Dabei steht noch gar nicht fest, ob und wann die US-Siedlung fertig gebaut und die prognostizierte Verkehrsbelastung erreicht werden wird. Viel Geld und Ärger also für etwas, was vielleicht gar nicht gebraucht wird: Können wir uns das wirklich heute noch leisten? *Karl Friedrich*

Von der Oberbürgermeisterin bis zu den neuerlich von Enteignung bedrohten Landwirten:

Breite Ablehnung der Umgehungspläne

Stadt hat im Planfeststellungsverfahren kein Veto-, sondern nur ein Mitspracherecht

ANSBACH (fri) – Auf fast durchgängige Ablehnung ist die Nachricht vom nun doch in realistische Nähe gerückten Bau der Umgehung für Katterbach *(siehe Artikel oben)* **gerückt. Die Stadt lehnt das Vorhaben ebenso ab wie Katterbacher Landwirte, die Flächen für den Straßenbau abgeben müssten.**

Ob diese Ablehnung den Betroffenen helfen wird, das kann derzeit niemand sagen. Klar ist bisher, dass auch in diesem Fall die Stadt an der weiteren Planung und im Planfeststellungsverfahren „beteiligt" werden muss. Eine Abstimmung zwischen ihr und dem Leiter des Staatlichen Bauamts, Helmut Arndt, habe es bisher aber noch nicht gegeben, sagte Oberbürgermeisterin Carda Seidel der FLZ. Bisher sei sie von Arndt nur kurz über den neuen Stand der Dinge in dieser Frage informiert worden. Einen weiteren Termin mit Arndt, um sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen, wolle sie so bald wie möglich vereinbaren. Eine Meinung zu dem Vorhaben hat die Oberbürgermeisterin aber jetzt bereits: „Ich lehne das Projekt ab."

Damit geht sie einig mit den in Katterbach ansässigen Landwirten. Deren Zahl hat in den letzten Jahrzehnten immer weiter abgenommen, eine Entwicklung, an der die Bauern auch der Tatsache die Schuld geben, dass sie seit Bau des Flughafens Katterbach im Dritten Reich immer wieder so viel Land für das Militär bereitstellen mussten, dass eine weitere Bewirtschaftung immer unrentabler wurde. Klar ist deshalb, dass sie sich gegen erneute Ansprüche auf ihren Grund wehren wollen. „Ich bekomme ja nirgendwo in der näheren Umgebung Ersatzland", sagt etwa Doris Engerer, die davon ausgeht, dass bei weiter schrumpfender Betriebsgröße auch ihr Hof auf Dauer nicht mehr haltbar sein könnte. Mit ihrer Ankündigung „Freiwillig gebe ich nichts ab. Die müssen mich schon enteignen", und der Absicht, alle rechtlichen Mittel gegen gegen das Vorhaben auszuschöpfen, steht sie unter den Landwirten nicht allein.

Doch es gibt auch Einwohner, die eine B 14 -Verlegung begrüßen. Wie etwa Hermann Horn. Der frühere CSU-Stadtrat sagt, angesichts des heftigen Verkehrs in der Kurve am westlichen Ortseingang sei ihm regelmäßig angst und bange um seine drei Enkelkinder.

„Da wurde das Pferd von hinten aufgezäumt"

Horn sieht den Fehler am jetzigen Vorgehen an anderer Stelle. „Da wurde das Pferd von hinten aufgezäumt", sagt er. Hätte man die Umgehung nämlich früher gebaut und das Kasernenareal vereint, wäre dadurch so viel Platz entstanden, dass die nun so heftig umstrittene US-Wohnsiedlung am Urlas nicht nötig geworden, sondern der Wohnraum im Kasernenareal selbst zu schaffen gewesen wäre: „Der ganze Streit um die Verkehrsanbindung wäre unnötig und alles für den Steuerzahler viel billiger geworden."